

 **Bundesministerium**  
Verfassung, Reformen,  
Deregulierung und Justiz

A-1070 Wien, Museumstraße 7  
Tel. (+43 1) 521 52-2900  
Fax (+43 1) 521 52-DW  
e-mail: sektion.v@bmvrdj.gv.at  
DVR: 0000132

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

**36/19**

## VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Gesetzesbeschluss des Vorarlberger Landtages vom 3. Oktober 2018 betreffend ein Gesetz über eine Änderung des Kinder- und Jugendgesetzes

Der Landeshauptmann von Vorarlberg hat den im Betreff genannten Gesetzesbeschluss bekanntgegeben und um die Zustimmung der Bundesregierung gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG ersucht, sollte die Bundesregierung die Meinung vertreten, dass die damit einhergehenden Änderungen eine zustimmungspflichtige Mitwirkung eines Bundesorganes bewirken. Die für die Verweigerung der Zustimmung offenstehende Frist endet am 3. Dezember 2018.

Aufgrund der im Gesetzesbeschluss enthaltenen Anhebung des Schutzalters betreffend den Erwerb, Besitz und Konsum von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen von 16 auf 18 Jahre (Z 6 [§ 16 Abs. 3]) ändert sich auch der Umfang der in § 19 des Kinder- und Jugendgesetzes vorgesehenen Mitwirkung der Bundespolizei bei der Vollziehung.

Das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz hat mit dem Gesetzesbeschluss das Bundesministerium für Inneres befasst, welches gegen die Erteilung der Zustimmung zu dieser Mitwirkung keine Bedenken geltend gemacht hat.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen:

Das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz wird ermächtigt, an den Landeshauptmann von Vorarlberg folgendes Schreiben zu richten:

"An den  
Herrn Landeshauptmann  
von Vorarlberg  
Römerstraße 15  
6900 Bregenz

Sachbearbeiterin  
Hammer

DW  
2940

Ihre GZ/vom  
PrsG-140-5/LG-458  
vom 5. Oktober 2018

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am XX. November 2018 beschlossen, die Zustimmung zu der im Gesetzesbeschluss vorgesehenen Mitwirkung von Bundesorganen gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG zu erteilen."

15. November 2018  
Der Bundesminister:  
MOSER